



## NIEDERSCHRIFT

### 3. Sitzung (IX. Wahlperiode) Rechnungsprüfungsausschuss

Sitzungsdatum:  
**Dienstag, 05.07.2016**

Beginn:  
**18:00 Uhr**

Sitzungsort:  
**Ratssaal, Don-Bosco-Straße 6,  
41352 Korschenbroich**

### Tagesordnung:

I. **Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.**

### II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) NRW IX/507  
hier: Vorlage des Prüfberichtes gemäß § 105 Abs. 5 GO NRW, Allgemeiner Teil
- 3.1. Überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) NRW IX/508  
hier: Vorlage des Prüfberichtes gemäß § 105 Abs. 5 GO NRW, Berichtsteil Informationstechnologie
4. Prüfung des Gesamtabchlusses der Stadt Korschenbroich zum 31.12.2012 und Entlastung des Bürgermeisters IX/363.1
5. Mitteilungen
6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

## **Niederschrift/ Öffentlicher Teil**

3. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Korschenbroich vom 05.07.2016

Seite 2 von 13

### **III. Nichtöffentlicher Teil**

1. Mitteilungen
  
2. Anfragen von Ausschussmitgliedern

**Anwesenheitsliste**

**3. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses  
Dienstag, 5. Juli 2016, 18:00 Uhr**

---

Anwesend:

**CDU-Ratsfraktion**

Berger, Peter  
Binsfeld, Petra (bis 19.30 Uhr)  
Schöttke, Klaus-Peter  
Siegers, Thomas

**SPD-Ratsfraktion**

Fels, Peter-Josef  
Wagemann, Frank

**Ratsfraktion Die Aktive**

Endell, Hanns-Lothar

**Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Andretzky, Jochen

**FDP-Ratsfraktion**

Wolf-Kluthausen, Hanne

**Beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 GO NW**

Makowiack, Bernd (bis 19.00 Uhr)

**Von der Verwaltung anwesend**

Bürgermeister Venten, Marc (bis 20.10 Uhr)  
Beigeordneter Stadtkämmerer Dückers, Thomas  
Beigeordneter Onkelbach, Georg  
Stadtoberverwaltungsrat Königsmark, Rainer  
Amtsleiter Herchner, Christoph  
Stadtoberverwaltungsrat Drohen, Markus  
Hassels, Günter, RPA Rhein-Kreis Neuss  
Hennecke, Elmar, RPA Rhein-Kreis Neuss  
Braun, Oliver, RPA Rhein-Kreis Neuss Schriftführer

**außerdem anwesend**

Alsdorf, Sven GPA NRW  
Binder-Faleke, Doris Bezirksregierung Düsseldorf  
Hanitsch, Frank GPA NRW  
Schwanitz, Jürgen GPA NRW  
Theis, Axel Kreis Neuss, Kommunalaufsicht

Der Ausschussvorsitzende Klaus-Peter Schöttke eröffnet die 3. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiter stellt er fest, dass der Rechnungsprüfungsausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen werden nicht erhoben.

**I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.**

## **II. Öffentlicher Teil**

### **1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin**

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird Herr Oliver Braun einstimmig bestellt.

### **2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

### **3. Überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) NRW hier: Vorlage des Prüfberichtes gemäß § 105 Abs. 5 GO NRW, Allgemeiner Teil**

Ausschussvorsitzende Klaus-Peter Schöttke begrüßt die Vertreterin der Bezirksregierung, den Vertreter der Kommunalaufsicht des Rhein-Kreis Neuss sowie die Vertreter der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) und bittet Bürgermeister Marc Venten um Darstellung der Prüfungsergebnisse an den Ausschuss.

Bürgermeister Marc Venten bedankt sich für die gute Zusammenarbeit bei der GPA während der Prüfung und bittet Herrn Schwanitz um Darstellung der Prüfungsergebnisse.

Herr Schwanitz erläutert zu Beginn die Struktur der Präsentation, die als **Anlage 1** der Niederschrift beigefügt ist. Jeder Teilbericht der Prüfgebiete:

- Finanzen
- Personalwirtschaft und Demografie
- Sicherheit und Ordnung
- Schule
- Grünflächen
- Informationstechnik

werde gesondert vorgestellt und könne im Anschluss diskutiert werden.

Insgesamt stelle die Berichterstattung die Essenz der vorliegenden Endfassung des Prüfberichtes dar. Grundsätzlich sieht er die Prüfung der GPA als Unterstützung für die Kommune und die ausgesprochenen Empfehlungen seien auch als ebensolche zu verstehen. Herr Schwanitz stellt heraus, dass die Entscheidung, wie mit Ergebnissen der Prüfung weiter verfahren werde, beim Rat der Stadt Korschenbroich liege. Konzeptionell nehme die GPA

eine Prüfung der örtlichen Gegebenheiten rein unter Wirtschaftlichkeitsaspekten vor, die mit der Situation in anderen Gemeinden auf Basis eines Kennzahlensets verglichen werde. Die Benchmarks des Kennzahlensets seien mit der Verwaltung kommuniziert worden. Die in den Vergleich einbezogenen Gemeinden haben zwischen 25 und 60 TSD Einwohner und könnten für Austausch Zwecke benannt werden.

### **Prüfgebiet 1 – Finanzen:**

Herr Schwanitz führt aus, dass die Stadt Korschenbroich seit 2012 freiwillig an der zweiten Stufe des Stärkungspaktes teilnimmt, nachdem auf der Basis der Haushaltsdaten 2010 eine bilanzielle Überschuldung in den Jahren 2014 bis 2016 prognostiziert wurde. Aufgrund der aktuellen Haushaltsdaten sei diese Gefahr derzeit nicht gegeben. Allerdings war festzustellen, dass seit dem Jahr 2008 das Eigenkapital um 47 % aufgezehrt wurde. Hierbei wurden Sondereffekte, wie Grundstücksgeschäfte aus dem Baulandmodell, bereits berücksichtigt.

Unter den Stärkungspaktgemeinden nehme die Stadt eine atypische Stellung ein. Ohne die Teilnahme am Stärkungspakt würde die Stadt Korschenbroich zu den zahlungspflichtigen Gemeinden gehören. Durch den Stärkungspakt erhalte die Stadt dagegen rund 15 Mio. Euro aus dem Unterstützungsprogramm. Die relativ gute Finanzkraft der Stadt wird dadurch unterstrichen, dass Korschenbroich seit 2008 lediglich in zwei Jahren Schlüsselzuweisungen erhalten habe.

Um dauerhaft eine ausgeglichene Finanzierung zu erreichen, sei ein jährlicher Konsolidierungsbeitrag von rund 5 Mio. Euro zu erwirtschaften. Die Ausgangssituation der Stadt Korschenbroich sei hierzu mit einer vergleichsweise niedrigen SGB II-Quote bei einer überdurchschnittlichen Kaufkraft und Pro-Kopf-Einkommen günstig. Ungünstig sei dabei das unterdurchschnittliche Aufkommen Allgemeiner Deckungsmittel wie die Grundsteuern und Gewerbesteuer.

Auffällig sei bei strukturell defizitären Gemeinden der Anstieg an Liquiditätskrediten. Dies sei auch bei der Stadt Korschenbroich mit einem Betrag von 50 Mio. Euro festzustellen. In der Planung beabsichtigt die Stadt Korschenbroich, unter Annahme der anhaltend günstigen Entwicklung der Wirtschaft sowie den Orientierungsdaten des Landes, einen Haushaltsüberschuss von 190 TSD Euro für das Jahr 2021. Aus Sicht der GPA sind diese Annahmen optimistisch und berücksichtigen keine risikobehaftete Entwicklung. Beispielhaft nennt Herr Schwanitz die Entwicklung der Orientierungsdaten der Jahre 2008 und 2009 sowie das Zinsänderungsrisiko bei Liquiditätskrediten.

Zusammenfassend empfiehlt Herr Schwanitz, aufgrund des strukturell defizitären Haushalts die Anstrengungen zur Konsolidierung zu intensivieren.

Ausschussmitglied Peter Josef Fels kritisiert, unter Hinweis auf die stillen Reserven in der Gebäudebewertung, die Einschätzung der GPA zur drohenden Überschuldung der Stadt Korschenbroich. Den Vorschlag, den Gewerbesteuerhebesatz zu erhöhen, kann er nicht folgen, da die Unternehmen diese nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes nicht mehr absetzen könnten.

Herr Schwanitz bestätigt, dass die Situation nicht einfach ist. Nach seiner Einschätzung stellt die Stadt Korschenbroich ein breites Leistungsangebot zur Verfügung, welches im Ergebnis bezahlt werden muss. Sofern keine speziellen Entgelte erhoben werden, bliebe nur die Steuererhöhung. Daher ist aus Sicht der GPA der Schwerpunkt in der Erhaltung der Anlagen für die Erfüllung der Pflichtaufgaben zu sehen und freiwillige Aufgaben zu reduzieren. Die

getroffenen Feststellungen sollen daher eine Hilfestellung sein, kurz bis mittelfristig Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Ausschussmitglied Peter Berger schildert die Schwierigkeiten zusätzliche Gewerbesteuer durch Flächenausweitung zu erheben, da hierzu keine Genehmigung durch die Bezirksregierung erfolge. Herr Schwanitz ist die Problematik des teilweise ruinösen Wettbewerbs der Kommunen um Gewerbeansiedlung durch Steuersenkungen bekannt.

Für Bürgermeister Marc Venten ist der Gewerbesteuerausfall 2012 nicht verantwortlich für den Liquiditätskredit in Höhe von 50 Mio. Euro. Die Gewerbeentwicklung unterliege der Einflussnahme der Regionalplanung. Die Berichtsdarstellung zeige, dass die Pro-Kopf-Aufwendungen deutlich unter dem Durchschnitt liegen. Dies unterstreicht, dass die Stadt erhebliche Anstrengungen bei der Konsolidierung unternommen hat.

Herr Schwanitz bestätigt die erreichten Haushaltsverbesserungen. Dennoch verbleibe eine Differenz von Erträgen und Aufwendungen im Haushalt. Im Prüfbericht sind die Bereiche aufgezeigt, in denen aus Sicht der GPA noch Konsolidierungspotentiale bestehen.

Zur Aussage von Ausschussmitglied Peter Josef Fels, die Stadt stehe in Einbeziehung der Reha-Klinik bei der Pro-Kopf-Verschuldung im Vergleich gar nicht so schlecht da, gibt Herr Schwanitz zu Bedenken, dass die Stadt auch in der Lage sein muss die Schulden zu tilgen.

#### **Prüfgebiet 2 – Personalwirtschaft und Demographie:**

Herr Schwanitz erläutert, dass die Stadt Korschenbroich aus personalwirtschaftlicher Sicht relativ gut aufgestellt ist, den Folgen des demographischen Wandels zu begegnen. Die Stadt verfügt über ein Personalentwicklungskonzept, welches regelmäßig fortgeschrieben wird und eine Feinplanung auf Stellenebene enthält. Die schlanke Aufbauorganisation der Verwaltung wird durch drei Geschäftsbereiche mit je drei Ämtern erreicht.

#### **Prüfgebiet 3 – Sicherheit und Ordnung:**

Herr Hanitzsch berichtet, dass Gegenstand dieses Prüfgebietes Einwohnermeldeaufgaben, Personenstandswesen sowie Gewerbe- und Gaststättenangelegenheiten waren.

Für den Bereich der Einwohnermeldeaufgaben war festzustellen, dass für das Vergleichsjahr 2013 die Personalaufwendungen auf Höhe des 2. Quartals liegen. Allerdings sind die Fallzahlen je Stelle deutlich unterdurchschnittlich, weshalb die Fallkosten im 4. Quartal liegen.

Aufgrund der vergleichsweise niedrigen Fallanzahl ergibt sich für Einwohnermeldeaufgaben ein recht hohes Einsparpotenzial von 1,68 Stellen.

Neben den geringen Fallzahlen trete der Aspekt, dass die Stadt Korschenbroich in räumlicher Nähe zum Rathaus noch zwei Nebenstellen betreibt. Daher sollten Überlegungen zur Schließung mindestens einer Nebenstelle angestellt werden.

Für das Personenstandswesen empfiehlt die GPA die Gebührentatbestände für sogenannte "Ambiente Trauungen" - wie sie beispielsweise im Sandbauernhof angeboten werden - auf Kostendeckung zu prüfen. Die Personalkosten je Fallbearbeitung sind im kommunalen Vergleich als hoch anzusehen. Die Aufgaben werden im Personenstandswesen mit einer Stelle erfüllt. Aufgrund der geringen Größe der Organisationseinheit empfiehlt die GPA die Möglichkeiten einer interkommunalen Zusammenarbeit zu prüfen.

Für den Bereich Gewerbe- und Gaststättenangelegenheiten war für den Berichtszeitraum festzustellen, dass die Stadt Korschenbroich überdurchschnittlich viel Personal bezogen auf die bearbeiteten Fälle einsetzt. Die maßgeblichen Aufgaben entsprechen rechnerisch einer Vollzeitstelle. Bei der Refinanzierung der Leistungen aus Gebühren war festzustellen, dass

die Stadt auffallend niedrige Erträge erwirtschaftet. Da die Stadt Korschenbroich am Stärkungspakt teilnimmt, werde dringend empfohlen, die Gebührensituation zu prüfen.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell bittet zur Empfehlung, eine Nebenstelle zu schließen, um Erläuterung, wie schnell das Einsparpotenzial zu realisieren sei und welche Nebenstelle die GPA zur Schließung vorschläge.

Herr Schwanitz vermag keine Aussage zur Personalfuktuation zu treffen, da die Prüfung anhand der Fallzahlen vorgenommen wurde. Der Betrieb der Nebenstellen stelle ein Beispiel für den hohen Standard dar. Für die Aufrechterhaltung der Nebenstellen sehe er, wie im Teilbericht Finanzen ausgeführt, durch die Nähe zur Hauptverwaltung sachlich keinen Bedarf. Bei Entscheidung für einen Standort würde er die Nebenstelle in Kleinenbroich schließen.

Zum Personalaufwand stellt Beigeordneter Stadtkämmerer Thomas Dückers fest, dass ein Mitarbeiter 10 Std./Woche in den Nebenstellen tätig ist.

Für Ausschussmitglied Peter Josef Fels wird durch die Schließung nichts gespart, sondern nur anders verteilt. Er hätte sich in der Präsentation gewünscht, dass auch gute Ergebnisse wie der Internetauftritt dargestellt werden.

Herr Schwanitz erklärt, dass bei der Prüfung ausschließlich die Wirtschaftlichkeit betrachtet wurde. Personell ist die Stadt insgesamt schlank aufgestellt, es waren jedoch Bereiche erkennbar, die überdurchschnittlich für die Aufgabenerledigung besetzt sind. Insofern böten sich durch die Empfehlung Möglichkeiten, die Mitarbeiter in anderen Bereichen einzusetzen.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Jochen Andretzky erläutert Herr Schwanitz, dass die Prüfung der Einwohnermeldeaufgaben auf Fallzahlen bezogen für einen Vergleichszeitraum von drei Jahren, ausgehend vom Betrachtungsjahr 2013, vorgenommen wurde.

Für Ausschussmitglied Bernd Makowiack sind die Nebenstellen nur minimal besetzt. Zudem gäbe es Bürger, die auf die Dienste angewiesen sind. Andernfalls müsste die Stadt die Fahrkosten erstatten.

Zur Nachfrage von Ausschussmitglied Thomas Siegers über die personelle Situation insgesamt im Bereich des Einwohnermeldewesens erläutert Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen, dass die Nebenstellen zurzeit geschlossen sind. Die Situation werde durch die Verwaltung geprüft.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell bittet um Erläuterung der Aussage, die Gebühreneinnahmen im Bereich Gaststätten/Gewerbe seien zu gering und wie hoch das Potential in diesem Bereich ist.

Die genaue Höhe des Potenzials kann Herr Schwanitz auch nicht beziffern. Aufgrund der Vergleichsdaten war jedoch festzustellen, dass der Gebührenanteil verhältnismäßig gering ist. Mögliche Gründe sind für ihn, dass Leistungen nicht abgerechnet werden oder der Gebührenrahmen nicht ausgeschöpft werde.

#### **Prüfgebiet 4- Schulen:**

Herr Hanitzsch erläutert die Berichtsdokumentation zu den Handlungsfeldern Flächenmanagement der Schulen und Turnhallen, Personal im Schulsekretariat und Schülerbeförderung.

Das Flächenmanagement wurde im Schulbereich nach Grund- und weiterführenden Schulen gesondert betrachtet. Die Benchmarks für die Prüfung erfolgten auf Basis des Raumprogramms für Schulen und den gesammelten Prüfungserfahrungen. Aufgrund dieser Daten liegen Flächen im Grundschulbereich insgesamt leicht unter dem Benchmark, jedoch ergibt

sich standortbezogen ein abweichendes Bild. Über alle Grundschulen besteht ein Flächenpotential von 1.400 m<sup>2</sup>, was in etwa dem Flächenbedarf für eine Grundschule entspricht. Insofern erfolgt die Empfehlung, die Situation im Grundschulbereich kontinuierlich zu analysieren und ggfs. einen Standort schließen.

Bei den weiterführenden Schulen war festzustellen, dass die Hauptschule aufgrund der Meldezahlen absehbar im Bestand gefährdet ist. Für die Realschule war im Betrachtungszeitraum ein Flächenpotential von 2.600 m<sup>2</sup> festzustellen. Das Gymnasium liegt ebenfalls oberhalb des Benchmarks des Flächenbedarfs je Klasse. Insgesamt beträgt das Flächenpotential für den Betrachtungszeitraum bei den weiterführenden Schulen 5.400 m<sup>2</sup>. Bei einem Aufwand von 100,-€/m<sup>2</sup> ergibt sich ein Konsolidierungspotential von 540.000,-€.

Aufgrund der Bestandsgefährdung der Hauptschule kommt die GPA zur Empfehlung, für die weiterführenden Schulen ein Handlungskonzept unter Einbeziehungen verschiedener Szenarien über die zukünftige Entwicklung für den Herbst 2016 zu erstellen.

Die Fläche der für den Schulsport genutzten Sporthallen wurde für die Beurteilung auf die Normfläche aktueller Hallen vom 405 m<sup>2</sup> umgerechnet. Die Stadt Korschenbroich stellt danach im Stadtgebiet 13,8 Turnhalleneinheiten für den Schulsport zur Verfügung. Die GPA hat für die Prüfung weiter angenommen, dass je 12 Klassen eine Turnhalleneinheit benötigt wird. Bei Vergleich mit dem tatsächlichen Bestand ergibt sich ein Potenzial von 3,9 Turnhalleneinheiten oder monetär 360.000,-€.

Ausschussmitglied Thomas Siegers bittet um die Einschätzung der GPA, wie aus ihrer Sicht mit derartigen Feststellungen im Schulbereich umzugehen sei. Er sieht die Problematik bei schwankenden Schülerzahlen eine bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen. Teilweise befinden sich die Schulen noch im Zweckbindungszeitraum von Fördermitteln, so dass für ihn ein Erstattungsrisiko besteht. Herr Hanitzsch kann mit keinen konkreten Lösungen dienen. Die Umstände von sinkenden Klassenzahlen im Prüfungszeitraum wiesen jedoch auf einen Handlungsbedarf hin. Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass beispielsweise durch die Erschließung neuer Wohnbaugebiete der Rückgang der Schülerzahlen nicht mehr so stark sei.

Die Frage von Ausschussmitglied Jochen Andretzky, welche Turnhalle bei dem ermittelten Flächenpotential die GPA für die Schließung empfehlen kann, vermag Herr Hanitzsch ad hoc nicht zu beantworten und verweist dazu auf die Berichtsdarstellung.

Die Nachfrage von Ausschussmitglied Peter Josef Fels, ob die Kosten von 100,-€ je m<sup>2</sup> berechnet sind, bestätigt Herr Hanitzsch. In diesem Betrag sind neben der Abschreibung Aufwendungen aus Kapitalkosten, Bewirtschaftung, Bauunterhaltung sowie Personalaufwand für die Gebäudeunterhaltung enthalten.

Im Anschluss erläutert Herr Hanitzsch die Prüfergebnisse der Personalsituation in den Schulsekretariaten. In diesem Bereich waren im Betrachtungszeitraum 2013 insgesamt 5,34 Vollzeit-Stellen vorhanden. Die Personalaufwendungen je Schüler liegen insgesamt im Durchschnitt der Vergleichskommunen. Bei Betrachtung der einzelnen Schularten war festzustellen, dass die Aufwendungen bei den weiterführenden Schulen über dem Mittelwert liegen. Im Vergleich der Schülerzahlen je Vollzeitstelle liegt die Stadt Korschenbroich unterdurchschnittlich. Auch hier sei die Situation an den weiterführenden Schulen prägend für das Ergebnis. Ausgehend von diesen Kennzahlen war nach einem standardisierten Fragenkatalog festzustellen, dass die Personalaufwendungen pro Stelle vergleichsweise niedrig sind. Es wird empfohlen, die Personalbemessung, insbesondere für die weiterführenden Schulen anhand des aktuellen KGST-Gutachtens zu überprüfen.



Für den Bereich der Schülerbeförderung war festzustellen, dass die Aufwendungen der Stadt Korschenbroich im Jahr 2013 mit 431.119,-€ vergleichsweise niedrig waren. Dabei profitiert die Stadt von strukturellen Bedingungen. Der Schülerspezialverkehr wurde letztmalig 2008 ausgeschrieben, was nicht den vergaberechtlichen Anforderungen genügt. Danach ist der Schülerspezialverkehr spätestens alle vier Jahre auszuschreiben.

Ausschussmitglied Frank Wagemann kritisiert, dass bei der Schülerbeförderung nur die Kosten betrachtet werden. Die Nutzer sind nach seinen Eindrücken mit der Situation zufrieden. Herr Hanitzsch erklärt, dass es sich um eine rechtliche Vorgabe handelt, Leistungen regelmäßig auszuschreiben. Bei einer Ausschreibung können auch Qualitätsanforderungen berücksichtigt werden.

### **Prüfgebiet 5 – Grünflächen:**

Die zusammengefassten Prüfungsergebnisse der Präsentation erläutert Herr Hanitzsch, indem er den Prüfungsablauf und die einzelnen Prüfbereiche Park- und Gartenanlagen, Spiel- und Bolzplätze, Straßenbegleitgrün sowie Sportplätze darstellt. In die Prüfung wurden die Struktur und die Organisation der anfallenden Aufgaben einbezogen. Benchmarks der Wirtschaftlichkeit konnten für die Bereiche Straßenbegleitgrün sowie Park- und Gartenanlagen nicht erstellt werden, da die Kosten zusammengefasst werden.

Strukturell liegen bei der Stadt relevante Informationen an unterschiedlichen Stellen der Verwaltung vor. Daher empfiehlt die GPA der Stadt, die Informationen zusammenzuführen und daraus ein abgestimmtes Handlungskonzept zu entwickeln und umzusetzen.

Die Flächen der Park- und Gartenanlagen sind mit 18.566 m<sup>2</sup> insgesamt niedrig und bilden einwohnerbezogen ein neues Minimum im Vergleich. Mit 17 % der Gesamtfläche werden pflegeintensive Beete vorgehalten. Es sollte versucht werden, beispielsweise über Sponsoring Vereinbarungen oder Pflegepatenschaften, die Aufwendungen zu senken.

Im Stadtgebiet wurden im Betrachtungszeitraum 37 Spiel- und 8 Bolzplätze betrieben. Damit liegt die Stadt sowohl bei Anzahl, Größe und Ausstattung der Plätze beim Mittelwert der Vergleichskommunen. Die hierauf entfallenden Pflegeaufwendungen sind jedoch doppelt so hoch wie der Benchmark der Vergleichsgemeinden. Bezogen auf den Benchmark ergibt sich ein monetäres Potential von 140.000,-€ für den Betrachtungszeitraum.

Beim Straßenbegleitgrün konnte aufgrund unvollständiger Flächen teilweise nur eine pauschalierte Betrachtung vorgenommen werden. Es wird empfohlen, die Daten vollständig und differenziert zu erfassen.

Nachdem die Aufwendungen zusammen mit denen für Park- und Gartenanlagen abgebildet sind, wurden zu Vergleichszwecken auch die wirtschaftlichen Benchmarks der beiden Bereiche zusammengefasst. Für die beiden Bereiche wurden im Betrachtungszeitraum 894.697,-€ aufgewandt. Bezogen auf den kombinierten Benchmark in Höhe von 335.313,-€ ergibt sich für den Betrachtungszeitraum 2013 ein Potenzial von rund 560.000,-€. Die Aufwendungen je Einwohner liegen höher als bei 75 % der Vergleichskommunen. Herr Hanitzsch empfiehlt zur Reduzierung der Belastungen für den städtischen Haushalt, den Aufwand zu prüfen und benennt dazu verschiedene Handlungsoptionen.

Für Herrn Hanitzsch war bei der Prüfung der Sportaußenanlagen ungewöhnlich festzustellen, dass eine Stärkungspaktkommune die Sportvereine für übertragene Flächen in der gleichen Höhe bezuschusst, wie vorher Aufwendungen bei der Stadt angefallen sind. Insofern konnte durch die Übertragung auf den Verein keine Ersparnis erzielt werden. Es wird empfohlen, bei der Belegung der Anlagen auch die tatsächlichen Nutzungszeiten von

den Vereinen zu erheben und die Aufwendungen auf weitere Optimierungsmaßnahmen zu untersuchen, mit dem Ziel den Haushalt zu entlasten.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell bestätigt Herr Hanitzsch, dass die betreffenden Kommunen, die den Benchmark erreichen, benannt werden können. Außerdem werden alle Prüfberichte auf der Homepage veröffentlicht und können dort eingesehen werden.

Beigeordneter Georg Onkelbach ist erstaunt über die Ergebnisse der Grünflächen. So sind in der Stadtpflege 30 Mitarbeiter im Einsatz. Unter Berücksichtigung des Einsparpotentials würde dies bedeuten, dass 14 Stellen nicht benötigt würden. Das Ergebnis ist in dieser Ausprägung für ihn verwunderlich, als nach dem Ergebnis des Kienbaum-Gutachtens die personelle Ausstattung im Stadtpflegebetrieb nicht zu üppig war. Das Prüfungsergebnis nehme er allerdings zum Anlass für eine interne Abstimmung, insbesondere im Hinblick auf Schwerpunkt- und Standardbildung. Über die Ergebnisse werde er in den Gremien berichten.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky möchte wissen, ob andere Gemeinden mehr Leistungen fremdvergeben. Herr Hanitzsch erklärt, dass die Leistungen sonst auch überwiegend selbst erstellt werden.

Ergänzend erklärt Herr Schwanitz, dass die Aufwendungen/m<sup>2</sup> Gegenstand bei der Prüfung der Teilbereiche waren. Ursachen in Abweichungen zum Benchmark liegen häufig in höheren Standards. Die Prüfung erfolgte jedoch ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die Qualität der Leistung blieb außer Betracht.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Frank Wagemann erläutert Herr Schwanitz, dass die unverminderte Weitergabe der bisherigen Aufwendungen als Zuschuss an die nutzenden Vereine gerade bei Stärkungspaktkommunen nicht üblich ist. Normal dagegen sei, dass die Vereine durch ihr Engagement neben der Nutzung auch zur Erhaltung der Anlagen beitragen. Für die übertragene Pflege bzw. Unterhaltung der Anlagen erhalten die Vereine einen Zuschuss. Dieser Betrag liegt jedoch regelmäßig deutlich unter den bisherigen Aufwendungen im Haushalt.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky bittet um Erläuterung, weshalb das Nutzerverhalten erfasst werden soll. Herr Hanitzsch erklärt, dass über die Erweiterung der Kostenrechnung und dem tatsächlichen Umfang der Vereinsnutzung die Möglichkeiten für eine verursachungsgerechte Umlage nach der Inanspruchnahme geschaffen werden können. Die verursachungsgerechte Beteiligung diene der Gleichbehandlung der Bürger.

Aufgrund des Sachzusammenhangs bestand Einvernehmen, ohne gesonderten Beschluss, die Berichterstattung der GPA zur überörtlichen Prüfung der Informationstechnik fortzusetzen.

Herr Alsdorf erläutert anhand der Präsentation die Prüfungsergebnisse der Informationstechnik (IT-Technik). Betrachtungszeitraum der Prüfung war das Jahr 2013. Die Bereitstellung von IT-Leistungen erfolgt teilweise durch eigene Infrastruktur. Andere Leistungen bezieht die Stadt als Mitgliedskommune über den Zweckverband ITK-Rheinland. Die alternativen Bereitstellungsmöglichkeiten wirken sich günstig auf die Kostenstruktur aus. Die ITK beabsichtigt, ihr Abrechnungsmodell zu Gunsten einer erhöhten Pauschalierung zu ändern. Durch teilweise eigene Leistungserstellung besteht dann das Risiko, auch Leistungen zu bezahlen, die nicht bei der ITK abgenommen werden, wodurch höhere Kosten für den städtischen Haushalt anfallen können.

Im Bereich des Lizenzmanagement ist die Stadt Korschenbroich sehr gut aufgestellt. Das Störungsmanagement ist insgesamt angemessen. Empfehlenswert ist die Einrichtung einer Dokumentation aller Störfälle zu Analyse Zwecken.

Die IT-Kosten liegen im Vergleich insgesamt auf Höhe des Mittelwertes. Infolge der geringen Anzahl der IT-Arbeitsplätze der Verwaltung sind die Kosten je Arbeitsplatz überdurchschnittlich. Dies ist auch dem Umstand geschuldet, dass IT-Kosten teilweise nicht proportional zur Nutzung steigen. Die Vergleichswerte ließen sich unter anderem durch eine vollständige Kostenverrechnung mit den Eigenbetrieben optimieren.

Die Kosten für IT-Grunddienste, d.h. IT-Standardarbeitsplatz, Telekommunikation und Druck, sind in der Stadt Korschenbroich fast auf dem Höchstwert des Vergleichs.

Bei den Standardarbeitsplätzen ist aus Sicht der GPA Potential bei den Personalkosten sowie Hardware über vier Jahre zu leasen erkennbar. Beispielsweise beträgt die tatsächliche Nutzungszeit bei zweidrittel der Vergleichskommunen 5 Jahre und länger.

Für den Telekommunikationsbereich wird empfohlen, die aktuell dezentrale Vertragsstruktur durch ein zentrales Vertragsmanagement zu vereinheitlichen.

Zur Optimierung der Druckkosten ist es aus Sicht der GPA erforderlich, ein Druckerkonzept als Vorgabe für die Druckernutzung in den Fachbereichen zu erstellen. Dies habe die Erfahrung aus anderen Prüfungen gezeigt.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky möchte wissen, wie das weitere Vorgehen zu den Berichten der Gemeindeprüfungsanstalt der beiden Tagesordnungspunkte ist. Aufgrund der umfangreichen Berichtsdarstellung sieht er Beratungsbedarf in der Fraktion. Die Vorlagefrist war für ihn bei den umfangreichen Unterlagen recht kurz um darüber jetzt zu beschließen. Der fraktionsinterne Beratungsbedarf wird durch die Vertreter der anderen Fraktionen bestätigt.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen erläutert, dass die heutige Entscheidung lediglich darauf gerichtet ist, ob die Stadt Korschenbroich eine Stellungnahme zum Bericht abgeben soll, die dann zusammen mit dem Bericht auf der Homepage der GPA veröffentlicht würde. Die Notwendigkeit einer solchen Stellungnahme wird durch die Verwaltung nicht gesehen. Diese Stellungnahme an die GPA sei jedoch unabhängig von Beratungen in den politischen Gremien. Hierzu könne die Verwaltung bei Bedarf eine Stellungnahme abgeben.

In der anschließenden Diskussion wurde einvernehmlich entschieden, über die beiden Tagesordnungspunkte 3 und 4 einheitlich zu beschließen. Somit liegt auch nur ein Beschlussvorschlag für die beiden Vorlagen IX/507 und IX/508 vor. Der vorliegende Beschlussvorschlag soll wie folgt ergänzt werden:

"Die Verwaltung verfasst für die nächste Sitzung des Hauptausschusses eine Stellungnahme zu den einzelnen Empfehlungen der GPA in ihren Berichten".

Über die Änderung des Beschlussvorschlages lässt der Ausschussvorsitzende Klaus-Peter Schöttke abstimmen.

<b>Beschluss-Nr. IX/507 und IX/ 508</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b>	<b>8 Stimmen dafür</b> <b>0 Stimmen dagegen</b> <b>0 Stimmenthaltungen</b>
---	-----------------------------	--

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die vom Bürgermeister gemäß § 105 Abs. 5 GO NRW vorgelegten Prüfungsberichte zur Kenntnis und unterrichtet den Stadtrat über die wesentlichen Inhalte der Prüfungsberichte und das Ergebnis seiner Beratungen. Der Rechnungsprüfungsausschuss beauftragt die Verwaltung, für die nächste Sitzung des Hauptausschusses eine Stellungnahme zu den einzelnen Empfehlungen der GPA zu erstellen.

Anschließend verlassen die Vertreter der GPA und der Bezirksregierung die Sitzung.

#### **4. Prüfung des Gesamtabchlusses der Stadt Korschenbroich zum 31.12.2012 und Entlastung des Bürgermeisters**

Herr Hennecke stellt die Ergebnisse der Prüfung des Gesamtabchlusses 2012 anhand einer Präsentation dar. Die Präsentation ist als **Anlage 2** der Niederschrift beigefügt.

In der Darstellung knüpft Herr Hennecke hinsichtlich der Haushaltssituation an die Ausführungen der GPA an. So war auch auf Ebene des Gesamtabchlusses 2012 festzustellen, dass die Erträge nicht zur Deckung der Aufwendungen ausreichen. Dies wird durch den Aufwandsdeckungsgrad von 91,5 % widerspiegelt.

Das negative Ergebnis des Kernhaushaltes führte trotz Berücksichtigung der konsolidierten Ergebnisse der städtischen Töchter, Reha Bau GmbH, Stadtpflegebetrieb und städtischer Abwasserbetrieb, zu einem negativen Gesamtergebnis in Höhe von 8.752.869,42 €.

Die Aussagen der Verwaltung im Gesamtlagebericht geben für den Berichtszeitraum die zukünftigen Entwicklungen zutreffend wider.

Auf der Grundlage der Prüfung wird für das Jahr 2012 ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Ausschussmitglied Peter Berger bittet um zügige Vorlage der noch ausstehenden Gesamtabchlüsse und bittet die Rechnungsprüfung um Mitteilung, wann mit dem Abschluss der Prüfung gerechnet werden kann.

Beigeordneter Stadtkämmerer Thomas Dückers erläutert die Absicht der Verwaltung, die gesetzlichen Prüfungserleichterungen nutzen zu wollen, um dann die Gesamtabchlüsse zeitnah beraten zu können.

Zum Prüfungsablauf erklärt Günter Hassels, dass die Prüfung nach Vorlage der Unterlagen durch die Verwaltung vorgenommen wird.

Herr Fels merkt an, dass grundsätzlich die Veränderung des Eigenkapitals mit dem Gesamtjahresergebnis übereinstimmen müsse. Das sei hier nicht der Fall. Die Differenz betrage 816.000 €. Herr Hennecke sagt zu, eine Stellungnahme der Niederschrift beizufügen.

*Stellungnahme der Rechnungsprüfung:*

*Die Differenz resultiert aus der unmittelbaren Buchung von Verrechnungen mit der allgemeinen Rücklage. Im vorliegenden Sachverhalt handelt es sich im Wesentlichen um die Wertveränderung des Geschäfts- und Firmenwertes (815.680,56 €) der Reha-Bau-Klinik Korschenbroich Bau GmbH gegen die Allgemeine Rücklage (Eigenkapital). Die direkte Verrechnung wird unter Hinweis auf § 43 Abs. 3 GemHVO NRW, wonach Wertveränderungen von Finanzanlagen unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen sind, als zulässig erachtet.*

*Künftig werden Verrechnungen von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage erläutert.*

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, verliert der Ausschussvorsitzende Klaus-Peter Schöttke den Beschlussvorschlag und lässt zu den Gliederungsziffern einzeln abstimmen.

## Niederschrift/ Öffentlicher Teil

3. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Korschenbroich vom 05.07.2016

Seite 13 von 13

<b>Beschluss-Nr. IX/363.1</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b> <b>8 Stimmen dafür</b> <b>0 Stimmen dagegen</b> <b>0 Stimmenthaltungen</b>
<p>1. Der Rechnungsprüfungsausschuss schließt sich dem von der Rechnungsprüfung festgestellten Ergebnis über die Prüfung des Gesamtabchlusses zum 31.12.2012 des Rhein-Kreises Neuss und der Erteilung des uneingeschränkten Bestätigungsvermerkes an. Die Feststellungen der Rechnungsprüfung werden als eigenes Prüfungsergebnis übernommen.</p> <p>2. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich, folgenden Beschluss zu fassen:</p> <p>2.1 Der Stadtrat bestätigt gemäß § 116 Abs. 1 S. 3 i.V.m. § 96 Abs. 1 S. 1 GO NRW den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Gesamtabchluss 2012 mit einer Bilanzsumme von 322.815.149,38 € und einem Jahresfehlbetrag von 8.752.869,42 €.</p> <p>2.2 Die Ratsmitglieder erteilen dem Bürgermeister hinsichtlich der Aufstellung des Gesamtabchlusses zum 31.12.2012 gemäß § 96 Abs. 1 Satz 4 GO NRW uneingeschränkt Entlastung.</p>	

Im Anschluss unterzeichnet der Ausschussvorsitzende Klaus-Peter Schöttke die Wiedergabe des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks, der als **Anlage 3** Bestandteil der Niederschrift ist.

### 5. Mitteilungen

Beigeordneter Stadtkämmerer Thomas Dückers informiert über die vorübergehende Schließung der Nebenstellen aufgrund personeller Engpässe.

Unter Bezugnahme auf die Pressedarstellung zum Feuerwehrgerätehaus Pesch stellt Beigeordneter Stadtkämmerer Thomas Dückers klar, dass maßgeblich für die Entscheidung der beschlossene Brandschutzbedarfsplan ist. Ausschussmitglied Thomas Siegers stimmt der Aussage zu und bemerkt ergänzend, dass in seiner Wahrnehmung die Auswirkungen des Neubaus wohl nicht so dramatisch sein dürften, andernfalls hätte die GPA diesen Vorgang sicher bei der Vorstellung angesprochen.

### 6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Es liegen keine Anfragen seitens der Ausschussmitglieder vor.